

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 06 846 ppbn d

Inhalt

Ernst Haar MdB, Vorsitzender der GdED, erinnert an den Kabinettsbeschuß zur Zusammenführung der Busdienste von Post und Bahn: Die Bundesregierung steht im Wort.

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB wendet sich gegen die Ausbeutung der Solidargemeinschaft: Mehr soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht weniger Sicherheit.

Seite 2

Freimut Duve MdB setzt sich dafür ein, daß der NATO-Doppelbeschuß nicht zu Scheingesprächen führen darf: Kriegsanis und Friedensruskis?

Seite 4

Ottmar Schreiner MdB und Willi Piecyk erinnern an die Beschlußlage zur Kriegsdienstverweigerung: Glaubwürdigkeit der SPD.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 116

24. Juni 1981

Die Bundesregierung steht im Wort

Zusammenführung der Busdienste drängt

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands

Der Kabinettsbeschuß über die Zusammenführung der Busse von Bahn und Post fährt sich und noch immer hat sich am kostspieligen Nebeneinander beider Busdienste nichts geändert.

Inzwischen ist belegt, was den Befürwortern von Anfang an klar war, daß nach der Zusammenführung erhebliche Einsparungen realisierbar sind. Dennoch werfen die Gegner dieses öffentlich-rechtlichen Organisationsmodells immer wieder Sand ins Getriebe, um den Start der Zusammenführung zu verzögern oder zu verhindern. Die Geduld der Eisenbahner ist inzwischen erschöpft. Nach fast zehnjähriger Diskussion um die Neuordnung der Busdienste kommt es zum Siedepunkt, wenn getroffene Entscheidungen erneut in Frage gestellt werden sollten. Minister Hauff hat erst Mitte Mai in einem Gespräch mit Vertretern der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und der Deutschen Postgewerkschaft versichert, noch in diesem Sommer würden in vier Regionen beide Busdienste zusammengefaßt. Die übrigen Regionen würden entsprechend dem jeweiligen Stand der Abstimmungsgespräche mit den Ländern folgen.

Für viele gewerkschaftlich Organisierte wäre es unverstänlich, wenn sich die Zweifel der Kritiker der Koalition an der Glaubwürdigkeit beschlossener Maßnahmen der Bundesregierung bestätigen würden. Das Gerangel um zweitrangige Fragen, wie um den Preis der von der Post zur Bahn übergehenden Busse oder die Bewertung einzelner Dienstposten, ist ein Beweis, wie innerhalb von Verwaltungen und Ministerien der eindeutige politische Wille von Kabinetts- und Koalitionsparteien unterlaufen und umgedeutet werden kann.

Das Spiel mit falschen Zahlen und verdeckten Argumenten muß jetzt aufhören. Die noch offenen Detailfragen müssen von den beteiligten Ressorts kurzfristig geklärt werden, damit das Kabinett Anfang Juli endlich grünes Licht geben kann.

(-/24.3.1981/ks/ca)

+ + +



Gegen Ausbeutung der Solidargemeinschaft

Mehr soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht weniger Sicherheit

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Die Diskussion über die Verminderung der Staatsausgaben droht in eine völlig falsche Richtung zu geraten. Dies gilt vor allem für den Bereich der Sozialleistungen. Wer - fahrlässig oder absichtlich - von "Abbau" spricht oder von "schmerzlichen Einschnitten", ohne gleichzeitig zu sagen, was er wirklich will, der riskiert es, Millionen Menschen unnötig zu verunsichern. Man kann aber auch, wenn man mit solchen Knüppeln hantiert, dazu beitragen, eine im Grund notwendige Diskussion von vornherein totzuschlagen.

Die Diskussion über Berechtigung und Ausmaß sozialer Leistungen muß sicherlich geführt werden. Dabei ist jedoch zweierlei festzuhalten:

1. Sie kann nur mit dem Ziel geführt werden, mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, nicht aber weniger soziale Sicherheit.
2. Die Frage: Was ist sozial gerecht? darf nicht unmittelbar mit der Lage der öffentlichen Haushalte in Zusammenhang gebracht werden. Sie ist unabhängig davon zu prüfen.

Die große Mehrheit unserer Bevölkerung wünscht, daß das soziale Netz stabil bleibt, weil es Notsituationen vorbeugt und darüber hinaus hilft, ungleiche Startchancen ins Leben zu verringern. Mit gutem Grund hat die sozialliberale Koalition seit Beginn gerade auf den letzten Punkt ihr besonderes Augenmerk gerichtet.

Dieselbe Mehrheit empört sich aber zunehmend darüber, daß es heute möglich ist, auf raffinierten, doch leider legalen Wegen zu Sozialleistungen zu kommen, auch wenn keine tatsächliche Bedürftigkeit vorliegt. Anders gesagt: Es gibt eine Art von Ausbeutung der Solidargemeinschaft, bei der jene Regelungen, die zu mehr Gerechtigkeit führen sollten, ins genaue Gegenteil verkehrt werden.

Da ist zum Beispiel jener wahrlich spektakuläre Fall eines Arztes, der vor einigen Wochen bekannt wurde. Dr. Y. war bis zum 30. Juni 1980 in einer Privatklinik im Schwarzwald beschäftigt (Monatsgehalt 8.500 DM). Als sein Arbeitsvertrag auslief, meldete er sich arbeitslos und beantragte gleichzeitig eine Krankenversicherung bei der AOK. Obwohl er ein monatliches Arbeitslosengeld von über 2.000 DM erhält, muß er als Arbeitsloser keine Beiträge bezahlen. Einen Monat später stellte er Anträge auf Zahnersatz für sich und seine Frau: Gesamtkosten 16.000 DM. Die Kasse mußte 13.205 DM davon bezahlen. Damit nicht genug: Dr. Y. stellte auch noch einen Kurantrag, der die AOK weitere 3.000 DM kostete. Und dies alles für einen Mann, der Zeit seines Lebens keine einzige Mark in die gesetzliche Krankenversicherung bezahlt hat. Im übrigen will Dr. Y., jetzt 59 Jahre alt, mit 60 vorzeitig in Rente gehen. Dabei wird er sich sicherlich sehr wohl befinden, denn der arbeitslose Mediziner besitzt mehrere Häuser, aus denen er erkleckliche Mieteinnahmen bezieht.

Schlimm an diesem ganzen Vorgang ist gewiß die haarsträubende Skrupellosigkeit dessen, der so handelt. Schlimm ist aber auch die Tatsache, daß alles ganz legal vonstatten



ging. Hier stimmt einiges nicht mehr, hier ist eine neue soziale Ungerechtigkeit entstanden.

Bundesfinanzminister Matthöfer hat schon vor geraumer Zeit von "Fehlentwicklungen" gesprochen, die korrigiert werden müßten. Er nannte dabei bestimmte Mißstände im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und beim Bafög. Es ist in der Tat nicht tragbar, daß clevere Zeitgenossen - mit Hilfe eines guten Steuerberaters - alle Hintertürchen zum Bafög ausnutzen können, obwohl der Vater zum Beispiel eine große Metzgerei hat. Es ist auch nicht tragbar, daß Unternehmen in regelmäßigen Abständen Kurzarbeit einlegen, um dann wieder Überstunden zu fahren, oder daß Lohnkostenzuschüsse für Neueinstellungen in Anspruch genommen werden, nachdem vor nicht allzu langer Zeit (unter Einhaltung der Fristen natürlich) eine Anzahl von Arbeitnehmern auf die Straße gesetzt wurde.

Es ist aber genau so wenig tragbar, wenn dieselben Leute, die sich periodisch arbeitslos melden, dann den anderen, die das ganze Jahr über arbeiten, abends am Stammtisch vorrechnen können, daß sie beim Lohnsteuerjahresausgleich netto ein Plus machen!

Wie das Landesarbeitsamt Baden-Württemberg mitteilt, mußten im Jahre 1980 in fast zehn Prozent aller Fälle, die neu gemeldet wurden, zeitweilig Sperrzeiten verhängt werden, insgesamt über 34.000 mal. In 29.000 Fällen war der Anlaß, daß Arbeitslose das Arbeitsverhältnis von sich aus ohne wichtigen Grund gekündigt hatten oder durch vertragswidriges Verhalten selbst Anlaß zur Kündigung gegeben hatten.

Millionen tüchtiger und fleißiger Menschen in unserem Land, die durch ihre Beiträge und Steuern das soziale Netz stabil erhalten, haben kein Verständnis dafür, wenn eine kleine Minderheit sich aus dem gemeinsamen Topf bedienen will, ohne selbst etwas hineinzutun. Sie erwarten, daß Richtlinien, Zumutbarkeitsregelungen, Berechtigungsvorschriften gründlich überprüft und neu gefaßt werden. Sie erwarten auch, daß die Diskussion über Recht und Unrecht mit Mut und Offenheit geführt wird, denn sie sind es herzlich leid, wenn sie mitansehen müssen, daß Ärgernisse nicht aus der Welt geschafft, sondern nur zum Anlaß für ein "Schwarze-Peter-Spiel" zwischen den Parteien degradiert werden.

Solange die Leitlinie gilt: Soziale Sicherheit ja - Mißbrauch nein, wird die Substanz unseres sozialen Systems in keiner Weise berührt. Darauf muß sich jeder verlassen können.

(-/24.6.1981/va-he/ca)

+

+

+



Kriegsamis und Friedensruskis?

Der Doppelbeschluß darf nicht zu Scheingesprächen führen
Von Freimut Duve MdB

Das ist nicht neu. Beflissene Redner und Schreiber unterstellen denjenigen, die zunehmend Skepsis, ja Angst vor der atomaren Nachrüstung haben, Moskaublindheit. Und umgekehrt wird denjenigen, die die Stationierung von Mittelstreckenraketen und weitere Drehung der Rüstungsspirale durch Verhandlungen verhindern wollen, unterstellt, sie seien amerikahörig. Alle miteinander sind in eine - hoffentlich zeitlich begrenzte - Zwickmühle geraten. Mal sehen, wie da rauskommen.

1. Da, wo die Friedensbewegung sich zur Zeit gegen den Nachrüstungsbeschluß konzentriert, wird sie selbst Teil eines diplomatischen Pokerspiels und kann zum Objekt der Handelnden umfunktioniert werden: Die Amerikaner werfen den Nachrüstungsgegnern vor, sie betrieben das Spiel des Gegners und begünstigten die Sowjets (mit der schändlichen Unterstellung, die Parole "Lieber rot als tot" sei von den Pazifisten erdacht worden, während sie in Wahrheit stets ein Slogan der Pazifistengegner gewesen ist). Die Sowjets wiederum rechnen - fälschlicherweise - die Friedensbewegung zu ihren Verbündeten, so daß Breschnew selbst den "wachsenden Widerstand gegen die Nachrüstung" in sein Verhandlungskalkül einbezieht.

2. Verkürzt gesagt, konkurrieren in Westeuropa zwei Ängste miteinander: die alte Angst vor den Russen und die neue Angst vor den Waffen. Carl Friedrich von Weizsäcker, die Konferenzteilnehmer des Treffens in Groningen, die Friedensforscher wollen das Bewußtsein und damit die Furcht vor den Atomwaffen und ihrem Selbstauslöse-Risiko schärfen. Die Union in der Bundesrepublik, Reagan und Weinberger in den USA wollen mehr Waffen, indem sie die Angst vor den Zorn auf die Russen schüren. Wer in einer solchen Situation seine Position auch gegenüber der Sowjetunion nicht kristallklar erklärt, hat im Weltkrieg der Propaganda verloren.

3. Die Sowjetunion ist keine Friedensmacht. Sie hat ihre Interessen, deretwegen sie in Europa, das ist meine Überzeugung, in jedem Fall Krieg vermeiden muß. Sie hat aber auch Raketen, sie hat ihren eigenen spezifischen Militarismus. Pazifisten sind im ganzen



Warschauer Pakt verpönt. Die Stationierung von westlichen Mittelstreckenraketen in den europäischen Staaten verhindert nicht, wer die SS 20 und die geplanten SS 21 zu mit Zuckerwatte gefüllten Friedensraketen erklärt.

4. Die NATO hat heute mehr Atomwaffen, als der Frieden erlaubt. Es ist unredlich, den Europäern einreden zu wollen, wir seien schutzlos den sowjetischen Raketen ausgesetzt und hätten ohne Nachrüstung nur die Wahl zwischen Atomtod oder "Finnlandisierung". Es ist meine Überzeugung, daß wir die neuen Mittelstreckenraketen auf europäischem Boden nicht stationieren dürfen, und daß wir den Amerikanern auch nicht erlauben dürfen, sie zu stationieren. Wenn es aber nicht gelingt, in Verhandlungen einzutreten und die Aufstellung der SS 20 zu stoppen, dann ist in der Bundesrepublik keine Mehrheit gegen die Aufstellung der Pershings zu mobilisieren. Das aber heißt, auch die Friedensbewegung - auch diejenigen, die die Stationierung um jeden Preis verhindern wollen, müssen jetzt für Verhandlungen sein. Nicht wir, Du nicht, lieber Leser, und ich nicht, lieber Dube, verhandeln, sondern die Amerikaner. Wenn der Doppelbeschluß - dieses einzige Zipfelchen Realverpflichtung - zu Verhandlungen führt, dann hätte er seine Funktion erfüllt. Wir alle wären über's Jahr aus der Zwickmühle heraus. Wenn er aber nur zu Scheingesprächen führt, dann hätte er nicht nur seine Funktion nicht erfüllt, sondern uns ein Stückchen näher an die Aufstellung der Mittelstreckengeschosse gebracht.

5. Darum sagen wir hier in Europa den Amerikanern schon jetzt: Kein Staat, auch die Bundesrepublik Deutschland nicht, hat seine Souveränitätsrechte so eingeschränkt, daß Raketen völlig ohne dessen Zustimmung eingegraben oder aufgestellt werden könnten.

(-/24.6.1981/h1/rs)

+

+

+



Glaubwürdigkeit der SPD

Zur Neuregelung der Kriegsdienstverweigerung hat die SPD eine klare Beschluslage

Von Ottmar Schreiner MdB und Willi Piecyk, Juso-Bundesvorsitzender

Wenn in einem sozialdemokratisch geführten Ministerium Vorentwürfe für eine Verlängerung des Zivildienstes auf 20 Monate erarbeitet werden, dann ist dies ein deutliches Zeichen von Orientierungs- beziehungsweise Führungsschwäche.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat nach sorgfältigen Diskussionen über ein Jahr nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf ihrem Berliner Parteitag bekräftigt, daß sie die bürokratische "Gewissensprüfung" von Kriegsdienstverweigern abschaffen und die Dauer des Zivildienstes auf 16 Monate begrenzen will. Die Verwirklichung dieser Vorstellungen bedingt auch weiterhin eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der CDU/CSU. Die Gewerkschaften, die katholische und evangelische Kirche, nahezu alle Jugendverbände in der Bundesrepublik, die die Positionen der Sozialdemokratischen Partei unterstützen, dürfen nicht enttäuscht werden.

Die Sozialdemokratische Partei und die SPD-Bundestagsfraktion dürfen es nicht hinnehmen, daß auf dem Referentenwege des Arbeitsministerium ein sozialdemokratischer Bundesparteitagsbeschluß, der mit übergroßer Mehrheit gefaßt wurde, vom Tisch gefegt wird. Die Diskussionsangebote der SPD an die Jugend und die Vorentwürfe aus dem Arbeitsministerium schließen sich aus. SPD-Parteivorstand und -Bundestagsfraktion müssen schnell Klarheit schaffen, soll nicht schwerer Schaden entstehen. Die Glaubwürdigkeit der SPD in der jungen Generation steht und fällt auch damit, inwieweit es der Bundestagsfraktion der SPD gelingt, ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das den vom Grundgesetz garantierten Interessen vieler junger Bürger nachkommt, sozialen Friedensdienst ohne Diskriminierung zu verrichten. (-/24.6.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

